

«europa»

mehr gezwungen sehen, in Europa ihren Lebensunterhalt zu verdienen?

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert

- Wiederherstellung der Möglichkeit für Flüchtlinge, in Europa Schutz vor Verfolgung und Bürgerkrieg zu suchen und zu finden.
- die Aufnahme von Flüchtlingen in Form eines Resettlementprogrammes
- eine gerechte Wirtschaftspolitik, eine nachhaltige, sozial gerechte Entwicklungspolitik und die Bekämpfung der Fluchtursachen statt Ausgrenzung!

Nur so können die Dramen auf den Meeren vor Europa verhindert werden.

gez. Ulrike Duchrow

2. Vorsitzende, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg



Neues Gutachten: Flüchtlingsrechte gelten auch im Mittelmeer

Berlin/Frankfurt a. M. 27. September 2007 - Europa schottet sich auch mit illegalen Mitteln gegen Flüchtlinge und Einwanderer ab. Die von der EU-Agentur FRONTEX konzipierte Flüchtlingsabwehr missachtet menschen- und flüchtlingsrechtliche Verpflichtungen der EU-Staaten. Zu diesem Ergebnis kommt ein von amnesty international, der Stiftung Pro Asyl und dem Forum Menschenrechte in Auftrag gegebenes Gutachten des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), das die Organisationen heute anlässlich des bundesweiten Tags des Flüchtlings vorgestellt haben. Auch außerhalb der Territorien der EU-Staaten – also etwa auch auf hoher See jenseits der 12-Meilen-Zone – sind die EU-Grenzschrützer an Flüchtlings- und Menschenrechte gebunden. Mitten auf dem Meer aufgegriffene Flüchtlinge haben demzufolge das Recht, einen Asylantrag zu stellen. Sie dürfen auch nicht zurückgeschoben werden, wenn ihnen möglicherweise Verfolgung oder Misshandlung droht.

„Flüchtlinge einfach an der Weiterfahrt zu hindern oder zurückzuschleppen, ist also verboten. Sie haben ein Recht darauf, in den nächsten sicheren europäischen Hafen gebracht zu werden“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

